Avanti Rhein-Neckar
113/Januar 2024

1,00 Euro (Solipreis 2 Euro)

Avanti 2

Theoriebeilage
Peter v. Oertzen
„Kein Gott, kein Kaiser, kein Tribun“

ISO Rhein-Neckar

SUPERREICHE

ZUR KASSE!

INHALT

TITEL

01 **SUPERREICHE**
Zur Kasse!

EDITORIAL / INHALT / FRANKREICH

02 **FRANKREICH**
Rechtsruck bekämpfen?

SEITE DREI

03 **SUPERREICHE**
Zur Kasse!

ISRAEL / PALÄSTINA

04 **KRIEG UND VERTREIBUNG**
Nicht zu stoppen?

RECHTSRUCK

05 **Rechte Hetze**
Lügen bekämpfen

BETRIEB UND GEWERKSCHAFTEN

06 **BAHNSTREIK**
Worum geht es der GDL?

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

„Superreiche: Zur Kasse!“ fordert die Januar-Ausgabe von *Avanti²*. Ist es nicht an der Zeit, gegen die hemmungslose Bereicherung der Herrschenden einerseits und die wachsende Armut der Beherrschten andererseits vorzugehen?

Ein Hoffnungsschimmer ist der anstehende Streik bei der DB AG. Wir veröffentlichen dazu ein Interview mit einem GDL-Kollegen.

In der Theoriebeilage erinnern wir an den Sozialisten Peter von Oertzen (1924 - 2008).

Wir hoffen auf Euer Interesse und wünschen Euch ein ermutigendes und gesundes neues Jahr!

Eure Redaktion

Titelbild: *Mannheimer GE-Arbeiter in Paris, 8. April 2016.*
Foto: Avanti².

INHALT

07 **TARIFABSCHLUSS ÖD**
Kompromiss ohne Streik

08 **„BR IM VISIER“**
Welche Konferenzergebnisse?

ISO / POLITISCHE BILDUNG

09 **MENSCHENRECHTE**
Endlich durchsetzen

10 **KLIMAKATASTROPHE**
Radikale Hoffnungen?

11 **RÄTSELHAFT**
Unser Neujahrsspaß

RÜCKBLENDE / TERMINE

12 **LENINS TOD 1924**
Weichenstellung für Stalinismus?

12 **TERMINE**

THEORIEBEILAGE

01 **PETER VON OERTZEN**
„Kein Gott, kein Kaiser, kein Tribun“

Frankreich
Kriegsgeschrei, Armut und Rassismus

M. G.

Krieg ist die Fortsetzung der Politik der Herrschenden mit anderen Mitteln. Derzeit fallen dem Gemetzel in Gaza, in der Ukraine oder etwa im Sudan Zehntausende zum Opfer.

In der Folge werden immer mehr Menschen zur Flucht gezwungen. Die maßgeblich von Macron und Scholz mitbestimmte Politik der EU bekämpft ganz im Sinne der extremen Rechten diese Ärmsten der Armen. Sie lenken damit von der zunehmenden Verschlechterung der Lage großer Teile der arbeitenden Klasse ab.

Die weitere Aushebelung des Rechts auf Asyl durch die Bundesregierung findet ihre Entsprechung in dem kurz vor Weihnachten in verschärfter Form verabschiedeten französischen Anti-Immigrationsgesetz.

Auch in unserem westlichen Nachbarland steigen nach wie vor die Preise. Die dortigen Hilfsorganisationen sind mit den Folgen der wachsenden Armut überfordert. Hunderttausende Menschen, darunter fast 3.000 Kinder, sind obdachlos.

Gleichzeitig fließt das Geld für die französischen Kapitalisten in Strömen. Die im Aktienindex CAC 40 gelisteten Konzerne haben in einem Jahr 160 Milliarden € an Gewinnen kassiert.

Entlassungen in der Privatwirtschaft sind an der Tagesordnung. Derzeit steht zum Beispiel die große Supermarktkette Casino mit 50.000 Beschäftigten vor der Zerschlagung.

Unsere französische Schwesterorganisation NPA (Neue Antikapitalistische Partei) erklärt zu diesen bedrohlichen Entwicklungen: „Der Kapitalismus wird uns niemals einen Waffenstillstand gewähren, denn der unkontrollierbare Marsch seiner Krisen zerstört Millionen Menschenleben und gefährdet massiv die Zukunft des Planeten. Angesichts dessen kann es auch keinen Waffenstillstand bei unserem Widerstand geben.“

Es ist der NPA zufolge dringend erforderlich, 2024 eine große solidarische Bewegung gegen die imperialistische und antisoziale Politik Macrons und seiner neuen Verbündeten auf der bürgerlichen wie der extremen Rechten vorzubereiten. ■

Demo gegen Rechts in Paris, 16. April 2022.

Superreiche zur Kasse!

U. D.

Mit Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.11.2023 verstößt das *Zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2021* gegen die *Schuldenbremse*. Die Folge ist eine Kreditlücke von 60 Mrd. Euro im Bundeshaushalt für 2024 und für die folgenden Jahre.

Die neoliberalen Scharfmacher forderten sofort eine noch striktere „Sparpolitik". Sozial- und Transferleistungen (ALG, Pflegegeld, Bürgergeld, Rente, Kindergrundsicherung, Gesundheitsausgaben usw.) müssten überprüft und „passgenauer" werden. Damit bereiten sie weitere Angriffe auf die sozialen Sicherungssysteme und die öffentlichen Dienstleistungen vor.

Politische Schaukämpfe

Trotz der in der Öffentlichkeit geführten politischen Schaukämpfe sind sich die daran Beteiligten im Kern einig: Es muss „gespart" werden.

Bereits im Sommer 2023 hatte die Ampelkoalition einen Haushaltsentwurf 2024 vorgelegt, der Kürzungen von 31 Mrd. Euro (6,4 %) vorsah. Gekürzt werden sollten unter anderem die Zuschüsse zur Rentenversicherung und zur Pflegeversicherung.

Mit dem neuen Haushaltsentwurf 2024 wird diese Politik verschärft: Im Sozialbereich soll weiter gekürzt werden; die CO_2-Steuer wird erhöht, die Strompreisbremse und die Zuschüsse zu den Netzentgelten entfallen. Dies trifft vor allem die arbeitenden Klassen. Gleichzeitig bleiben die Gewinne der Konzerne und die Vermögen der Reichen unangetastet.

Die „Spar"-Lüge

Bereits 1992 wurden in der EU mit den Maastricht-Kriterien strikte Regelungen zur Staatsverschuldung vereinbart. 2009 wurde in Deutschland die sogenannte Schuldenbremse im Grundgesetz verankert.

Parallel zu diesen „strikten" Haushaltsregeln wurden der globalisierte Kapitalverkehr dereguliert, Unternehmens- und Kapitalsteuern gesenkt, Unternehmensbeiträge zur Sozialversicherung gedeckelt, der Kauf und Verkauf von Unternehmen und Unternehmensteilen erleichtert, ungeschützte und „flexible" Arbeitsverhältnisse ermöglicht, der Niedriglohnsektor stark ausgeweitet und vieles andere mehr.

Diese Politik hat die Profite gesteigert und die Reichen noch reicher gemacht. Gleichzeitig wurden damit bewusst die Staatseinnahmen gesenkt. Die dadurch fehlenden Gelder dienen immer wieder zur Begründung unsozialer „Einsparungen", die zu einer Verschlechterung von Sozialsystemen und öffentlichen Dienstleistungen (u. a. Bildung, Gesundheit, Öffentlicher Nah- und Fernverkehr) führen.

Steuerpolitik für die Reichen

In Deutschland gibt es 227 Milliardärinnen und Milliardäre. Von 2009 bis 2019 hat sich die Zahl der Einkommensmillionäre mit 27.410 mehr als verdoppelt. Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt 25 % des gesamten Vermögens.

Das *Netzwerk Steuergerechtigkeit* hat den Reichtum in Deutschland ermittelt. Allein die Milliardäre besitzen ein Vermögen von sagenhaften 1,4 Billionen Euro.

Weiter belegt das Netzwerk, dass Deutschland für Reiche ein Niedrigsteuerland ist. „Der deutsche typische Multimillionär zahlt [wenn überhaupt, Anm. d. Red] auf sein Einkommen von 1,6 Millionen Euro nur 21 % Steuern."

Wesentliche Gründe dafür sind unter anderem die Aussetzung der Vermögensteuer (1997), die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer (1998), die Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer (2001 bis 2005) und die mehrfache Senkung der Körperschaftsteuer (2001, 2009).

Zusätzlich werden weitere Milliarden mit legalen Steueroptimierungsmodellen und illegaler Steuerhinterziehung "privatisiert".

Dies alles ermöglicht es den Supereichen, ihre Steuern auf unglaubliche 1 % oder weniger zu drücken (siehe die ZDF-Dokumentation „Die geheime Welt der Superreichen - Das Milliardenspiel").

Die Reichen sollen zahlen

Seit Jahrzehnten werden die Krisenkosten auf die arbeitende Klasse abgewälzt. Wenn die Gewerkschaften dagegen nicht endlich einen nennenswerten Widerstand organisieren, werden sie weiter an politischer Glaubwürdigkeit und organisatorischer Kraft verlieren. Nutznießer davon werden die Kapitalisten und die autoritäre wie die faschistische Rechte sein.

Daher setzen wir uns dafür ein, dass Gewerkschaften, soziale Bewegungen und Linke gemeinsam den Kampf gegen die Fortsetzung der neoliberalen Umverteilungspolitik aufnehmen.

Unsere Ziele:

- Solidaritätssteuer von 20 % auf alle Geldvermögen über 1 Mio. €
- Steuer von 80 % auf alle Einkommen, die das Tausendfache des Durchschnitts betragen
- Beschlagnahme aller zur „Steuer-Optimierung" versteckten Milliarden
- Automatischer Inflationsausgleich wie in Belgien oder Luxemburg
- Für einen Mindestlohn von 15 Euro in der Stunde
- Direkte Besteuerung statt indirekter Verbrauchssteuern
- Ausbau der sozialen Sicherungssysteme
- Soziale Grundsicherung in Höhe von 1500 Euro netto im Monat
- Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge (Bildung, Gesundheit, Klimaschutz, Kultur. Verkehr …). ■

Den Vernichtungskrieg Israels stoppen!

O. T.

Über 2 Millionen palästinensische Menschen erleben seit Wochen im Gazastreifen die Hölle. Ihr Leben und ihr Überleben ist bedroht. Sie haben kaum zu essen und zu trinken. Sie sind in einem täglich größer werdenden Trümmerfeld gefangen.

Seit Beginn der Bombardierung des Gazastreifens durch die israelische Armee hat am 27.12.2023 die Zahl der Todesopfer 21.000 überschritten. Gleichzeitig ist die Zahl der Verletzten auf mehr als 55.000 gestiegen, darunter ein großer Anteil von Schwer- und Schwerstverletzten.

Schon vor der einwöchigen Waffenruhe hatte die israelische Armee mehr als 100.000 Gebäude im Gazastreifen zerstört. Jetzt ist sie dabei, das zu zertrümmern, was übriggeblieben ist. Menschen und Umwelt werden weiter vernichtet.

Eskalation nicht im luftleeren Raum

Diese Brutalität ist nicht durch die Gräueltaten der fundamentalistischen und reaktionären Hamas und weiterer Gruppen am 7. Oktober 2023 zu rechtfertigen. Das rücksichtslose Vorgehen der israelischen Armee ist unmenschlich und völkerrechtswidrig.

Sowohl die Verbrechen der Hamas als auch der barbarische Krieg Israels gegen die palästinensische Bevölkerung in Gaza, bedeuten eine neue blutige Eskalation des seit vielen Jahrzehnten ungelösten Konfliktes zwischen Israelis und Palästinensern.

UN-Generalsekretär António Guterres hat recht mit seiner Feststellung, dass diese Eskalation nicht im luftleeren Raum stattfindet. Die bisherige Politik der israelischen Regierungen, der palästinensischen Bevölkerung die ihr zustehenden gleichen Rechte zu verweigern und sie von ihrem Land zu vertreiben, ist der Ursprung dieser Zuspitzung.

Dies festzustellen, bedeutet keine Legitimierung der Gräueltaten der Hamas und der anderen Gruppen am 7. Oktober. Aber ohne diesen politischen Hintergrund ernst zu nehmen und daraus weitreichende Konsequenzen zu ziehen, wird es im Nahen Osten keinen dauerhaften Frieden geben.

Ein israelischer Staat, der einen vermeintlich geschützten Raum für jüdisches Leben auf der anhaltenden Vertreibung und Tötung palästinensischer Menschen aufbaut, bleibt die Quelle immerwährender kriegerischer Konflikte.

Deutsche „Staatsräson“

Was aber macht die deutsche Politik? Sie rechtfertigt den Vernichtungskrieg der israelischen Führung als „Akt der Selbstverteidigung“ und fordert bedingungslose Solidarität mit Israel.

Diese Unterstützung für Kriegstreiberei und Missachtung der Menschenrechte bestärkt jedoch den Rechtsruck auch hierzulande: Zunahme von Sozialabbau und Armut, von Rassismus, Antisemitismus und Antiislamismus sowie Abbau und Missachtung demokratischer Rechte.

Mit einer „Staatsräson“ wird jegliche Kritik am Vorgehen der rechtsextremen israelischen Regierung als „antisemitisch“ diffamiert und kriminalisiert. Demos werden verboten. Die Meinungsfreiheit wird eingeschränkt.

Die abscheulichen Verbrechen der Nazis werden zudem missbraucht, um jene zu diskreditieren, die sich gegen Unterdrückung, Kolonialismus und ethnische Säuberung aussprechen.

Diese Politik der Bundesregierung steht in krassem Widerspruch zu Artikel 1, Absatz 2 des Grundgesetzes, das sich „zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“ bekennt.

Statt diesen Krieg politisch, moralisch, finanziell und mit Waffenlieferungen zu unterstützen, muss sich die deutsche Regierung für seinen sofortigen Stopp einsetzen.

Menschenrechte sind unteilbar

In unserem Flugblatt, dass wir Ende 2023 bei verschiedenen Antikriegsprotesten verteilt haben, heißt es: „Es müssen für alle in Israel und in Palästina lebenden Personen die politischen und sozialen Menschenrechte wirksam durchgesetzt werden. Nur so kann das friedliche Zusammenleben aller in der Region gelingen.

Dazu bedarf es eines staatlichen Überbaus in Form einer nichtreligiösen, binationalen demokratischen und sozialen Republik, in der alle Menschen gleichberechtigt sind. Und es bedarf einer wirtschaftlichen Basis, die nicht auf Profitmaximierung, sondern auf bestmöglicher gesellschaftlicher Bedürfnisbefriedigung und dem Schutz der Umwelt beruht.

Der Weg dorthin ist sehr steinig. Aber wir sollten bereit sein, alle zu unterstützen, die jetzt schon in diese Richtung gehen wollen. Das heißt: Wir stehen an der Seite aller Kräfte in Israel und Palästina, die die scheinbar ausweg- und endlose Spirale von Hass und Gewalt durchbrechen wollen.

Diese Utopie scheint weiter entfernt zu sein denn je, aber es gibt dazu keine bessere Alternative.“ ■

Rechtsruck und „irreguläre Migration“? Ablenkungsmanöver und Lügen bekämpfen!

E. B.

Prokapitalistische Parteien und Medien stellen die „irreguläre Migration“ als ein zentrales Problem der Gegenwart dar. Das verstärkt den aufhaltbaren Rechtsruck.

Begriffe und Sprachregelungen beeinflussen und manipulieren Meinungen. Das haben die neoliberalen Ideologen sehr gut verstanden. Mit positiv besetzten Worten wie „Reform“ verschleiern sie den Abbau demokratischer und sozialer Rechte.

Übernahme von AfD-Sprüchen?

Angesichts der Vielfachkrisen des Kapitalismus ist es kein Zufall, dass die Herrschenden nationalistischen, völkischen und sogar faschistischen „Ideen“ immer mehr Raum geben. Denn diese eignen sich vorzüglich für die Verstärkung von Vorurteilen und von zynischen Ablenkungsmanövern.

Der Begriff „irreguläre Migration“ ist eine der derzeit am meisten gebrauchten Worthülsen.

Bei der Ampel-Regierung aus SPD/Grünen/FDP und der CDU/CSU hat diese Formulierung mit AfD-Ursprung Hochkonjunktur. Sie hilft, Geflüchtete zu diskriminieren und Abschottungsphantasien gegen Arme durchzusetzen. Zudem ermöglicht sie, von den Fluchtursachen abzulenken, die diese Parteien mitzuverantworten haben: Kriege, Klimazerstörung, Unterdrückung, Armut und Ausbeutung.

Die AfD-Propaganda verbreitet vor allem seit 2015 rassistischen Hass. Die seitdem vom faschistischen Flügel um Höcke stark beeinflusste Partei konzentriert sich dabei auf das Thema Migration. Es wird als Wurzel aller Übel verteufelt.

Die unmenschlichen Forderungen der AfD zur Migration beinhalten die völlige Streichung des grundgesetzlich garantierten Rechts auf Asyl aus dem Grundgesetz, das Untersagen des Familiennachzugs für anerkannte Asylberechtigte, die Verweigerung von Geldleistungen für Geflüchtete und deren medizinische Behandlung – außer in akuten, lebensbedrohlichen Situationen.

Die AfD ist Treiber der gerade vor Wahlen anschwellenden niederträchtigen Hetze gegen Geflüchtete. Sie richtet sich gegen die Ärmsten der Armen, die der bedrohlichen Perspektivlosigkeit in ihrer Heimat entkommen wollen und deswegen ihr Leben riskieren.

Aus Angst vor weiteren eigenen Stimmenverlusten kopieren die etablierten parteipolitischen Verwalter des Kapitalismus die Parolen der AfD – und verstärken damit den Rechtsruck und die erneut aggressiver werdende Fremdenfeindlichkeit.

Grund- und Menschenrechte verteidigen!

Laut UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR ist 2022 mit 108,4 Millionen Menschen auf der Flucht ein neuer Höchstwert erreicht worden. Zum Vergleich: 2017 sind rund 68,5 Millionen Geflüchtete registriert worden. Mit anderen Worten: Es gab in fünf Jahren eine Steigerung um 58,2 %!

2022 flüchteten die meisten Menschen aus Syrien, Afghanistan und der Ukraine. Die wichtigsten Aufnahmeländer waren die Türkei (3,6 Mio.), der Iran (3,4 Mio.), Kolumbien (2,5 Mio.), Deutschland (2,1 Mio.) und Pakistan (1,7 Mio.). Ärmere Länder nahmen die Mehrzahl der Geflüchteten auf. In Deutschland sind allein über 1,1 Millionen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine registriert (Stand: 2.12.2023).

Vordergründig geht es bei der Propaganda gegen die „irreguläre Migration“ um Wahlerfolge. Strategisch geht es dabei um die Bekämpfung von Geflüchteten statt von Fluchtursachen und damit um die Aushöhlung von Grund- und Menschenrechten.

Rassismus schafft Sündenböcke (Zugewanderte) und vertieft die Spaltung der arbeitenden Klasse (deutsche Arme gegen ausländische Arme). Er lenkt damit von der hemmungslosen Bereicherung an der *Spitze* der Gesellschaft ab.

Mit „Digitalisierung“ und „E-Mobilität“ streben Kapital & Politik eine grundlegende „Transformation“ der Arbeitswelt an. Durch beschleunigte Prekarisierung, Verlagerung, Vernichtung und Zerstückelung von Arbeit sollen die Gewerkschaften entscheidend geschwächt werden. Der zunehmend mit militärischen Mitteln ausgetragene globalen Wirtschaftskrieg verstärkt den Klassenkampf von oben.

In Deutschland und der EU werden enorme Mittel für gesellschaftliche Solidarität gekürzt. Statt der dringend erforderlichen öffentlichen Investitionen werden vor allem die Interessen der Konzerne und Reichen bedient.

Statt gute Arbeit, Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Kultur, Pflege, Umweltschutz und Wohnungsbau wirksam zu fördern, erhält die Bereicherung der herrschenden Klasse weiter Vorfahrt.

Es ist Zeit aufzustehen. Es ist Zeit, eine außerparlamentarisch aktive soziale Front gegen den aufhaltbaren Rechtsruck zu schaffen. Das ist *die* Herausforderung, der sich die Gewerkschaften, die sozialen Bewegungen und die politische Linke stellen müssen. ■

Auftakt zur Seebrücke-Demo in Mannheim, 14. Juli 2018. *Foto:* Avanti².

Tarifkonflikt bei der Deutschen Bahn AG
Mitglieder der Gewerkschaft GDL klar für Streik

Anlässlich des am 19. Dezember 2023 bekanntgegeben Ergebnisses der Urabstimmung sprach *Avanti²* mit Danny Grosshans, 2. stellvertretender Vorsitzender des Bezirks Süd-West der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL).*

Das Urabstimmungsergebnis liegt vor. Wie ist die Stimmung an der Basis der GDL?

Die Mitglieder der GDL haben mit einem klaren Votum von 97 Prozent für längere und häufigere Arbeitskampfmaßnahmen gestimmt. Dieses eindeutige Signal der GDL-Mitglieder spiegelt auch die Stimmung in den Betrieben wider und zeigt die solidarische Entschlossenheit, gemeinsam für bessere Arbeits- und Entgeltbedingungen den Arbeitgebern die Stirn zu zeigen.

Die Deutsche Bahn AG behauptet, die Forderungen der GDL seien „völlig überzogen". Insbesondere die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung wird als nicht verhandelbar hingestellt. Woran orientiert sich die GDL bei ihren Forderungen?

Wann wurden die Forderungen der GDL denn in der Vergangenheit als angemessen bezeichnet? Wir hören diese Leier vor und während jeder Tarifverhandlung vom Pressesprecher des „roten Riesen". Nach unserem Ermessen sind aber nicht die berechtigten Forderungen der GDL-Mitglieder überzogen, sondern die Bonuszahlungen in den Vorstandsetagen der DB AG in Höhe von 5 Millionen Euro bei immer schlechter werdender Leistung. Deren Motto lautet: „Wasser predigen und selbst im Hinterzimmer den Wein flaschenweise köpfen."

Seit Jahren hören unsere Kolleginnen und Kollegen Versprechungen, dass die Arbeitgeber für einen ausgeglichenen Personalbestand sorgen wollen. Doch es passiert absolut nichts! Schichten werden produktiver, Ruhezeiten kürzer und Überstunden häufen sich an. Die Berufe im unregelmäßigen Wechseldienst werden auf Grund der schlechten Arbeitsbedingungen im hart umworbenen Fachkräftemarkt nicht mehr angenommen. Die Absenkung der Arbeitszeit schafft Perspektiven für das vorhandene Personal und am Ende werden sich neue Eisenbahnerinnen und Eisenbahner wieder für unsere ehrenwerten Berufe an 365 Tagen im Jahr begeistern können.

Foto: bigbug21 (gemeinfrei CC-SA-25).

Warnstreik der GDL in Leipzig, 10. Juli 2007.

Unsere GDL-Amtsinhaber in den Betriebsräten und Ortsgruppen nehmen täglich die Sorgen und Nöte unserer Kolleginnen und Kollegen auf. Dabei kristallisierte sich an der Basis eindeutig der Ruf nach einer spürbaren Belastungssenkung heraus. Deshalb stehen am Ende eines demokratischen Prozesses in dieser Tarifrunde neben den monetären Verbesserungen eben eine 5-Tage-Woche und die Absenkung der Arbeitszeit zur Debatte.

Welche Rolle spielt das Tarifeinheitsgesetz (TEG) in der aktuellen Tarifauseinandersetzung?

Die GDL handelt auf Grundlage der gesetzlichen Regelungen. Wir haben das Tarifeinheitsgesetz angenommen und haben in immer mehr Betrieben die durch das TEG gesetzlich geforderten Mehrheiten. Dass jetzt die DB AG der GDL verwehrt, Tarifverträge für DB Netz (Fahrdienstleiter) abzuschließen zeugt davon, dass ein Staatskonzern das TEG tendenziös und nur in seinem und dem Interesse seiner Hausgewerkschaft (der EVG) zur Anwendung bringt oder eben nicht. Die GDL streikt nicht gegen das TEG, sondern für gute Arbeits- und Entgeltbedingungen. Im Übrigen ist die Deutsche Bahn AG das einzige Unternehmen in Deutschland, welches das TEG zur Anwendung bringt. Alle anderen Arbeitgeber leben Tarifpluralität und versuchen nicht, ihre Belegschaften zu spalten!

Die GDL hat den Ruf, die kämpferischste Gewerkschaft Deutschlands zu sein. Zahlt sich das bei der Mitgliedergewinnung aus?

Die Ergebnisse überzeugen! Im Jahr 2002 haben wir uns erfolgreich dagegen gewehrt, dass es Lokführer und Zugbegleiter 1. und 2. Klasse innerhalb des DB-Konzerns gibt. Das Personal im Nahverkehr sollte damals mehr arbeiten und weniger verdienen als im Fern- oder Güterverkehr. Die damalige Transnet (heute EVG) hatte den Tarifvertrag dafür bereits unterschrieben. Durch unsere Abwehrhaltung gegen die Abwärtsspirale haben immer mehr Zugbegleiter den Weg in die GDL gefunden. Mit der Besitzstandswahrung der Zusatzversorgung haben wir 2021 ebenfalls für alle Eisenbahnerinnen und Eisenbahner eine massive Verschlechterung verhindern können. Das führte erneut zu einem enormen Mitgliederzuwachs. Jetzt, wo wir als Gewerkschaft für alle direkten Eisenbahner unseren Organisationsbereich – auch dank des TEG – erweitert haben, verzeichnen wir Zuwächse aus allen Bereichen.

* [Die Fragen stellte H. S. für *Avanti²*.] ■

Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst der Länder Lücke geschlossen?

Helmut Born

Am 9. Dezember 2023 wurde nach der dritten Verhandlungsrunde eine Einigung zwischen der Tarifgemeinschaft der Länder (TDL) und den DGB-Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes (ver.di, GEW und GDP) sowie des Deutschen Beamtenbundes (DBB) bekanntgegeben.

In den Wochen vorher hatte es eine erfreulich gute Beteiligung der Beschäftigten an den zahlreichen Streikaktionen gegeben. Dabei fiel die starke Beteiligung der Beschäftigten in den Krankenhäusern besonders auf.

Aber auch die Aktivitäten der studentischen Hilfskräfte, der angestellten Lehrkräfte sowie der Erzieherinnen und Erzieher dürfen nicht unerwähnt bleiben. Bei der eindrucksvollen Streikdemonstration von über 15.000 Beschäftigten am 5. Dezember in Düsseldorf war zudem die starke Beteiligung von Polizist:innen nicht zu übersehen.

Das Ergebnis

Der Tarifabschluss sieht im Einzelnen vor:

- im Dezember 2023 einen Inflationsausgleich von 1.800 €
- von Januar bis Oktober 2024 je 120 € Inflationsausgleich
- ab November 2024 bis Januar 2025 200 € tabellenwirksame Erhöhung
- ab Februar 2025 5,5 % lineare Erhöhung
- Aufstockung falls beide Erhöhungen keine 340 € ergeben
- 1.000 € Inflationsausgleich für Azubis, Dual-Studierende und Praktikant:innen im Dezember 2023 und monatlich 50 € von Januar bis Oktober 2024.

Ein Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte konnte nicht erreicht werden. Allerdings gibt es erstmals eine Regelung für den Mindestlohn (13,25 €) und zu den Bedingungen der Beschäftigung.

Auszubildende mit einem Abschluss, der mindestens befriedigend ist, werden unbefristet übernommen.

Weitere Regelungen, mit teilweise spürbaren Verbesserungen, konnten für einzelne Berufsgruppen erreicht werden (Erzieher:innen, Sozialarbeiter:innen, Straßenarbeiter:innen).

Die Bewertung

In der Stellungnahme von ver.di wird betont, dass es damit gelungen ist, das Ergebnis der Tarifrunde Öffentlicher Dienst Kommunen/Bund von April 2023 auch auf die Landesbeschäftigten zu übertragen. Dies ist richtig, aber es reicht nicht aus, um die Einkommensverluste der beiden letzten Jahre auszugleichen.

Die letzte Tariferhöhung gab es im Dezember 2022 mit 2,8 %. Schon diese Tariferhöhung konnte die Preissteigerungen von 2022 nur zu einem Teil ausgleichen. Für das Jahr 2022 muss also von einem Lohnverlust von rund 4 % ausgegangen werden. Hinzu kommen die Preissteigerungen in diesem Jahr von ca. 3,5 %. Das alleine ergibt schon 7,5 % die jetzt erst einmal aufgeholt werden müssten. Dazu kommt eine erwartete Inflationsrate für 2024 und 2025 von je 3 % – zusammengerechnet 13,5 %.

Dass für die studentischen Hilfskräfte kein eigenständiger Tarifvertrag erreicht wurde, wird bei ihnen sicherlich Enttäuschung hervorrufen, aber zumindest gibt es erste Regelungen und für 2025 die Option, das Thema erneut einzubringen.

Besonders zu kritisieren ist die wiederum lange Laufzeit von 25 Monaten bis Oktober 2025. Auch hier wurde die Regelung des Tarifvertrages des Öffentlichen Diensts für Bund und Kommunen vom Frühjahr 2023 übernommen.

Gewerkschaftsbasis stärken

Ver.di wird wieder eine Mitgliederbefragung zu diesem Ergebnis durchführen. Dabei wird sicherlich eine Mehrheit der Mitglieder für dieses Ergebnis stimmen. Bei den gewerkschaftlich aktiven Mitgliedern wird es eine Debatte über die folgende Frage geben müssen: Wie kann ver.di so aufgestellt werden, dass die Entgelte der Beschäftigten nicht nur gesichert, sondern wirksam erhöht werden?

In diesem Zusammenhang ist auch zu diskutieren, wieso es nicht gelungen ist, die teilweise erheblich höheren Forderungen aus den Basisgremien, in der Tarifkommission durchzusetzen. Das Agieren der Tarifkommission muss kritisch hinterfragt und der Einfluss der Basisgruppen gestärkt werden. ■

Mannheimer Warnstreik im ÖD, 6. März 2023. *Foto. helmut-roos@web.de.*

„Solidarität stärken!“ Dokumentation der 10. Konferenz „Betriebsräte im Visier“ 2023

H. N.

Am 14. Oktober 2023 hat die zehnte bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier“ in Mannheim stattgefunden. Nun legt das Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ die Dokumentation mit Beiträgen dieser von den Teilnehmenden besonders positiv bewerteten Tagung vor.

Neben einem Konferenzbericht und dem Text des Grußworts von Günter Wallraff stehen drei eher analytische Texte im Zentrum der Broschüre.

Der Beitrag von Rechtsanwalt Klaus Dieter Freund zu „Verdachtskündigungen – Fortwirken des faschistischen Arbeitsunrechts“ belegt einen unglaublichen Tatbestand. Bis heute hält das Bundesarbeitsgericht nicht nur an den Vorgaben der Nazi-Justiz zu „Verdachtskündigungen“ fest. Es hat dieses in der BRD zur Beseitigung von aktiven Betriebsräten angewendete Instrument sogar noch durch die Möglichkeit einer grundlosen fristlosen Verdachtskündigung verschärft. Mit den in der Regel von spezialisierten Anwaltskanzleien konstruierten Verdachtskündigungen wird die normalerweise geltende Unschuldsvermutung ausgehebelt

Skandal bei ProMinent beenden

Gerhard Klas (work watch) beleuchtet in seiner Wortmeldung das nicht enden wollende Betriebsrats-Mobbing bei ProMinent, dem Unternehmen des Präsidenten der „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ (BDA) R. Dulger. Gegen diesen Skandal wendet sich eine Protestaktion.* Anfang 2024 sollen die gesammelten Unterschriften an Bundesarbeitsminister Hubertus Heil und an die BDA übergeben werden.

Von einer beeindruckenden „Blitzaktion bei Tesla“ handelt der Bericht Alexander Mohrlangs (IGM-Vorstand). Die Firma des Multimilliardärs Musk verhindert aktiv die gewerkschaftliche Organisierung. Mitte Oktober 2023 haben sich jedoch über tausend Beschäftigte des Tesla-Werks in Grünheide/Berlin-Brandenburg anlässlich einer Mobilisierung zur IG Metall und zu besseren Arbeitsbedingungen bekannt. Das Management des Herstellers von Elektroautos reagierte prompt. Unmittelbar nach der Gewerkschafts-Aktion kündigte Tesla Lohnerhöhungen an. Das Ende der Auseinandersetzung mit Tesla ist aber noch lange nicht in Sicht

Gegenmacht aufbauen

Abgerundet wird die Dokumentation mit fotografischen Impressionen von der Konferenz und der Wiedergabe der dort verabschiedeten Entschließung. Darin wird festgestellt: „Für eine erfolgreiche Verhinderung von BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung ist aber letztlich die Organisation und Stärkung spürbarer Solidarität mit den attackierten Kolleginnen und Kollegen im Betrieb und in der Öffentlichkeit entscheidend. Sie bedarf einer wirksamen demokratischen Gegenmacht in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft. Das ist nicht nur die Aufgabe unserer Gewerkschaften, sondern von uns allen!“

Im Vorwort zu der sehr empfehlenswerten Veröffentlichung heißt es: „Immer mehr Fälle von BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung werden in Deutschland bekannt. Jedoch bleibt dieses illegale Treiben in der Regel für die dafür verantwortlichen Täter ohne Konsequenzen.“

Um einen weiteren Beitrag zur Überwindung dieser unhaltbaren Zustände leisten zu können, findet am Samstag, den 12. Oktober 2024, die elfte Konferenz „Betriebsräte im Visier“ erneut im Mannheimer Gewerkschaftshaus statt. ■

*[www.netigate.se/ra/s.aspx?s=1151263X385586598X71018]

Plenum der Mannheimer Konferenz, 14. Oktober 2023. *Foto: helmut-roos@web.de.*

Weitere Infos und Kontakt zum Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“:

www.gegen-br-mobbing.de

Mail: solidaritaet@gegen-br-mobbing.de

Menschenrechte: Endlich durchsetzen!

M. G.

Was soll das denn heißen? Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG) vom 23. Mai 1949 bezieht sich doch ausdrücklich auf sie. Eigentlich ist dann ja alles klar. Oder etwa doch nicht?

In Artikel 1 GG heißt es unmissverständlich: „(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. (2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt."

Spiegeln wir diese richtigerweise aus den Erfahrungen mit den Verbrechen des Faschismus abgeleiteten Sätze an der Realität, dann wird die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit offensichtlich.

Anspruch und Wirklichkeit

Um nur einige Beispiele ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu nennen: die Benachteiligung von Frauen, die Gewalt gegen Frauen, die Misshandlung und der sexuelle Missbrauch von Kindern, die Altersarmut, die Diskriminierung von Eingewanderten, die Feindseligkeit gegen bestimmte sexuelle Orientierungen, die staatliche Bespitzelung und Unterdrückung von Protestbewegungen, die deutsche Außen- bzw. Außenwirtschaftspolitik, die Militarisierung der Gesellschaft oder die Bekämpfung von Gewerkschaften und aktiven Betriebsräten ...

Diese und andere Missstände sind einerseits Ergebnis einer Gesellschaft, die in Klassen aufgespalten ist. Andererseits ist sie Resultat des langanhaltenden Niedergangs von organsierter Gegenmacht der arbeitenden Klasse und der damit einhergehenden Schwächung solidarischer, linker Organisationen, Parteien und Bewegungen.

Die Herrschenden können auch deshalb die Gesetzgebung und ihre Auslegung durch die Rechtsprechung viel wirksamer beeinflussen als die Beherrschten. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen Macht, ihres Reichtums und ihres daraus resultierenden gesellschaftlichen und politischen Ansehens vermögen sie zudem, Gesetze viel eher als Angehörige der arbeitenden Klasse zu umgehen.

Im Zuge des anhaltenden neoliberalen Umbaus des Kapitalismus gelingt es den Superreichen und Konzernen immer leichter, jenseits des Grundgesetzes ein „Recht des Stärkeren" durchzusetzen. Das hat die massive Missachtung von Grund- und Menschenrechten insbesondere in der Arbeitswelt zur Folge.

Die Erklärung der Menschenrechte

Als am 10. Dezember 1948 die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* in Form einer rechtlich nicht bindenden Resolution von der UN-Generalversammlung in Paris verabschiedet wurde, war das Wissen um die schrecklichen Verbrechen des Faschismus, des Stalinismus und des Zweiten Weltkriegs noch frisch.

Die Erklärung der Menschenrechte umfasst 30 Artikel. Sie enthalten grundlegende Aussagen über die jeder Person zustehenden Rechte.

Sie gelten für alle Menschen „ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand", und das unabhängig davon, in welchem rechtlichen Verhältnis ein Mensch zu dem Land steht, in dem er sich aufhält.

Zentral ist für die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* der Anspruch eines jedes Menschen auf Schutz vor Machtmissbrauch und Ausbeutung. Die Einhaltung von Menschenrechten gilt als grundlegende Bedingung für Frieden, Sicherheit und Gerechtigkeit.

Rechtsverbindlichkeit von Menschenrechten

Im Unterschied zu der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* sind der *Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte* (UN-Zivilpakt) und der *Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte* (UN-Sozialpakt) völkerrechtlich bindende Verträge.

Sie garantieren rechtsverbindlich grundlegende Menschenrechte in der Gesellschaft und in der Arbeitswelt: zum Beispiel das Recht auf Leben, das Verbot der Sklaverei und Zwangsarbeit, das Recht auf persönliche Freiheit und Sicherheit, das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, das Recht auf Teilnahme an allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, das Verbot von Hass- und Kriegspropaganda, das Recht auf sichere und gesunde Arbeitsbedingungen, das Recht zur Bildung von Gewerkschaften oder etwa das Recht auf Streik.

Die Bundesrepublik hat sowohl den UN-Zivilpakt als auch den UN-Sozialpakt unterschrieben. Wäre es nicht an der Zeit, die Bundesregierung an die Einhaltung ihrer gesetzlichen und ihrer Vertragspflichten zu erinnern? ■

Foto: Gemeinfrei.

„Der Kuß von Gerechtigkeit und Friede", Ölbild Antwerpen, um 1580.

„Klimakollaps“ unvermeidlich?

N. B.

Ist der „Klimakollaps“ noch abzuwenden? Welche politischen, sozialen, gesellschaftlichen Antworten können und wollen wir darauf geben? Über diese und weitere Fragen diskutierten wir rege bei unserem letzten Infoabend drei Tage vor Weihnachten.

Als Diskussionsgrundlage diente uns ein Artikel, der in der Klimabewegung großen Anklang gefunden hat. Eine engagierte Aktivistin stellte uns Jem Bendells Text „Tiefenanpassung“ von 2018 anschaulich und übersichtlich zusammengefasst vor. In Reaktion auf diesen Artikel hat sich unter anderem die Bewegung „Extinction Rebellion“ gegründet.

Klimakatastrophe und sozialer Zusammenbruch

Das Schmelzen der Arktis, der weiterhin steigende CO_2-Ausstoß, das zunehmende Freiwerden von Methan und andere physikalische Prozesse werden laut Bendell unsere Lebensgrundlagen so verändern, dass ein gesellschaftlicher Zusammenbruch bevorsteht. Er entwirft ein Szenario der Armut, der absoluten Knappheit von Nahrungsmitteln, Trinkwasser und Strom mit Auswirkungen auf Gesundheit und Gesundheitsversorgung, auf Unterernährung und Kriege.

Diese bedrohliche Entwicklung führt laut Bendell zu der Frage: „Soll ich bleiben oder soll ich gehen“? In vielen Teilen der Welt wird sie durch große Bevölkerungsteile eindeutig beantwortet. Die Menschen fliehen in benachbarte Regionen und in andere Teile der Welt und werden dabei von den Herrschenden im wahrsten Sinne des Wortes mörderisch bekämpft.

Der Realität ins Auge schauen

Unsere Referentin betonte immer wieder, dass ein zentrales Problem die Verdrängung beziehungsweise das Verschweigen der katastrophalen Lage durch Wissenschaft und öffentliche Diskussion sei. Bendells Text hat ihr zufolge insbesondere für junge Menschen eine große Bedeutung erlangt. Der Grund dafür sei, dass er lebensbedrohliche Zukunftsszenarien ehrlich benenne und eine offene Trauer um all das zulasse, was bereits verloren sei. Falsche Hoffnungen könnten daher durch radikale Hoffnungen ersetzt werden.

Radikale Hoffnungen

Wie jedoch können diese aussehen? Bendell beschränkt sich in seiner Tiefenanpassungsagenda auf individualisierte Reaktionen auf die Klimakatastrophe. Diese schließen auch spirituell-esoterische Ansätze ein, welche für die politische Rechte anschlussfähig sein können. In seinem dramatischen Bild der nahen Zukunft benennt er sowohl physikalische als auch gesellschaftliche Entwicklungen. Wie beide miteinander zusammenhängen, lässt er außen vor. Als Sozialist:innen betrachten wir genau das jedoch als die zentrale Frage.

Die Klimakatastrophe selbst ist ein Ausdruck des Klassenkampfes von oben. Auf brutalste Weise zerstört die Klasse der Superreichen unsere Lebensgrundlagen. Zudem bekämpft sie skrupellos diejenigen, denen sie bereits die Möglichkeiten nicht nur eines erfüllten, sicheren Lebens, sondern auch des bloßen Überlebens genommen haben. Die Klimakatastrophe ist nicht einfach „menschengemacht“. Sie ist „profitgemacht“ durch die stets wachsende Ausbeutung und Unterwerfung von Mensch und Natur unter die Profitinteressen der Kapitalistenklasse.

Solidarisch in der Klimakatastrophe

Aus diesem Verständnis ziehen wir Schlussfolgerungen, die wir tatsächlich als „radikale Hoffnung“ und Agenda bezeichnen können. Wie sich die klimatischen und gesellschaftlichen Bedingungen weiterentwickeln, hängt davon ab, inwieweit wir es schaffen, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zu verändern. Viele klimatische Prozesse sind momentan nicht mehr aufzuhalten. Das Ausmaß und die Dramatik sind jedoch nicht abschließend entschieden. Genauso wenig ist die Frage endgültig beantwortet, ob sich die kleine Gruppe der Superreichen trotz Klimakatastrophe behaupten wird. Es kann den arbeitenden und unterdrückten Klassen immer noch gelingen, eine direkte Demokratie auf Basis einer solidarischen Gesellschaft und Wirtschaft durchzusetzen. Dann geht es nicht mehr um Profite, sondern um menschliche Bedürfnisse und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.

Der verschärfte Klassenkampf von oben und der sich ausbreitende kriegerische Massenmord sind für den destruktiven globalen Kapitalismus typische Reaktionen auf die aktuellen Krisen. Eine solidarische Gesellschaft kann hingegen konstruktive Strategien zum Umgang mit „Naturkatastrophen“ und zur Verteilung knapper Güter entwickeln und umsetzen. Sie werden auf dem Verständnis und der Verteidigung der unteilbaren Menschenrechte beruhen.

Unsere Diskussion werden wir weiterführen, nicht zuletzt auf der bundes weiten Ökosozialistischen Konferenz der ISO vom 30.05. bis 02.06.2024 und im Vorfeld des 2025 anstehenden 18. Weltkongresses der IV. Internationale. ■

FFF-Demo in Mannheim, 19. Juli 2019. *Foto:* Avanti².

Rätselhaft: Unser Neujahrsspaß

U. D./H. N.

Lachen hält gesund. Gerade in Zeiten wie diesen, wo uns das Lachen vergehen soll. Wir haben uns deshalb zwei Fragen zum Start ins neue Jahr ausgedacht:

1. Wer hat sich auf dem folgenden Foto eingeschlichen, um die Einhaltung der „deutschen Staatsräson“ zu überwachen?
2. Welche Person hat den darunter stehenden Text mitverfasst und eine sozialistische Offensive der Linken gefordert?

Wer uns zuerst die richtigen Antworten persönlich oder per Mail (info@iso-4-rhein-neckar.de) mitteilt, erhält zum Dank ein frei auszuwählendes Taschenbuch des Neuen ISP Verlags. Einsendeschluss ist der 25. Januar 2024.

Friedenskundgebung in Mannheim, 15. November 2023. *Foto.* Avanti².

„Die Bundesrepublik ist die europäische Hochburg des Kapitals

Marxisten beurteilen die politischen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik nüchtern und ohne Illusionen. Die ökonomische Stellung und historische Entwicklung unseres Landes weisen es eindeutig als europäische Hochburg des Kapitals aus. So wegweisend theoretische Beiträge deutscher Sozialisten in der Vergangenheit für die Entwicklung der sozialistischen Internationale waren, so unterentwickelt ist das Klassenbewußtsein der Arbeiter im eigenen Land, so schwach sind die realen Gegenmachtpositionen der Arbeiterbewegung und so selten ihre Mobilisierungserfolge. Die verheerende Niederlage der Arbeiterparteien durch den Faschismus hat bis heute ihre Folge in der Schwäche der Arbeiterorganisationen. Ohne die Erfolge deutscher Emanzipationskämpfe schmälern zu wollen; die deutsche Geschichte weist eine weitgehend ungefährdete Herrschaft der politischen Rechten aus. Die Chance grundlegender ökonomischer und gesellschaftlicher Veränderungen nach dem Faschismus konnte nicht wahrgenommen werden. Die 13jährige Phase sozialliberaler Regierungspolitik tastete nie die gesellschaftlichen Machtverhältnisse an. […]

Geschichte wiederholt sich: die Verschärfung der kapitalistischen Krise ohne entwickeltes Bewußtsein ihrer Opfer führt zur Stärkung der politischen Rechtskräfte. […]

Die SPD zahlt den Tribut für eine Politik der Sozialpartnerschaft

In keiner Phase der sozialdemokratischen Regierungsverantwortung […] wurde von der SPD an der Entwicklung von Klassenbewußtsein gearbeitet. Vielmehr förderte die Mehrheitssozialdemokratie Illusionen in der Bevölkerung über Krisenbewältigung und Reformpolitik im Kapitalismus. – Die Partei stellte den nackten Machterhalt über jede inhaltlich bestimmte Auseinandersetzung mit Kapitalinteressen und deren schärfste politische Verfechter CDU/CSU/FDP. Außerparlamentarische Mobilisierungsarbeit wurde zum Tabu für die „staatstragende“ SPD. Die Distanz zu Forderungen der Gewerkschaften vergrößerte sich zusehends; die wichtige Friedensbewegung wurde von den Regierungsgenossen diffamiert und bekämpft, von der Parteiführung argwöhnisch beobachtet und lediglich an der Parteibasis unterstützt. […]

Das Ende der sozialliberalen Koalition signalisiert zugleich das Ende des Weges von Godesberg. Es hat sich für die Perspektive der Sozialdemokratie nicht ausgezahlt, als Volkspartei auf die Formulierung von Klasseninteressen zu verzichten. Die Formulierung dieser Klasseninteressen hätte ein gewaltiges gesellschaftliches Potential aktivieren können. Der Verzicht auf jede Konfrontation mit dem Kapital hat sich für die SPD verheerend ausgewirkt. Er hat das Bewußtsein der sozialen Basis der Partei, den Lohnabhängigen, schwer deformiert, er hat die eigene Parteibasis kampfunfähig gemacht und entmutigt. […] Die Parteilinke muß grundsätzliche Alternativen entwickeln und propagieren. […]

Die Linke muß offensiv werden

[…] Im Zentrum dieses linken Programms müssen Forderungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wie staatliche Beschäftigungsprogramme in gesellschaftlich sinnvollen Bereichen (Umweltschutz, Wohnungsbau, Fernwärme, öffentlicher Personennahverkehr) und Maßnahmen der Arbeitszeitverkürzung stehen. Grundsätzlich muß aber auf die Notwendigkeit der Überwindung des Privateigentums an Produktionsmitteln als Schlüssel zu gesellschaftlich geplanter Investition, Produktion und Beschäftigung deutlich hingewiesen werden. Gleichzeitig muß das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie sozialistisch bestimmt werden. In der Friedensfrage muß sich die Parteilinke klar an die Seite der Friedensbewegung gegen die NATO-Aufrüstung stellen. […]

In ihrer Geschichte identifizierte sich die Sozialdemokratie in ihrer Mehrheit zunehmend mit dem Staat. Sie verkannte seinen Klassencharakter, seine Funktion als im Wesentlichen „kapitalistische Maschine“ (Engels), als Instrument des Kapitals zur Durchsetzung seiner Interessen. […]
100 Jahre nach dem Tod von Karl Marx muß sich die gesamte Sozialdemokratie seiner Lehre erinnern. Marx ist für die SPD unentbehrlich geworden.“ ■

Vor 100 Jahren
Lenins Tod 1924: Weichenstellung für den Stalinismus?

E. B.

Lenin stirbt am 21. Januar 1924 im Alter von nicht einmal 54 Jahren. Seine zerrüttete Gesundheit und sein früher Tod sind Folgen eines Attentats im Sommer 1918.

In seinen letzten Lebensmonaten erkennt Lenin immer klarer die Gefahren der Bürokratisierung des Rätestaates. Anfang Januar 1923 fordert er in einem Nachtrag zum „Brief an den Parteitag", die Ablösung Stalins als Generalsekretär der Partei.

In seiner letzten öffentlichen Stellungnahme kritisiert Lenin Anfang März 1923 scharf die Parteibürokratie und den „abscheulichen" Staatsapparat. Das Überleben des revolutionären Rußland hängt ihm zufolge entscheidend von der Überwindung des Mangels an Zivilisation ab.

Von der damals neu entstehenden bürokratischen Kaste wird Lenin als mumifizierte Ikone missbraucht. Er dient fortan zur quasi religiösen Legitimation des konterrevolutionären stalinistischen Terrorregimes.

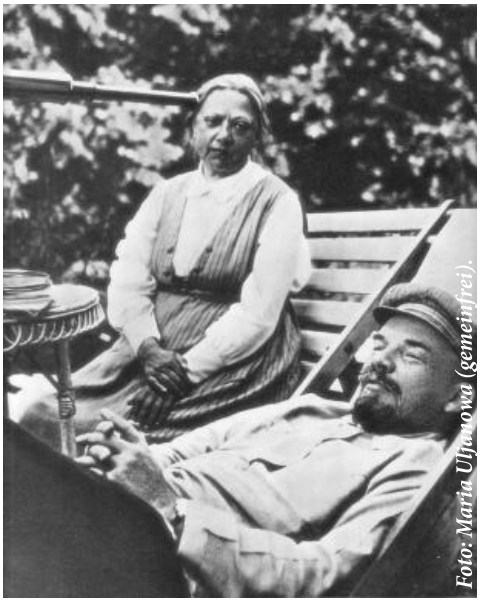
Heute ist die Dämonisierung Lenins üblich bei den Profiteuren des Kapitalismus im Osten wie im Westen.

Russlands Despot Putin orientiert sich an „starken Herrschern" wie Stalin und den Zaren. Lenin ist für ihn hingegen des Teufels, hat er doch die Unterdrückten ermutigt, nach dem rätedemokratischen Vorbild der Pariser Kommune die Macht zu übernehmen.

Der deutsche Staatshistoriker H. A. Winkler sieht in Lenin schlicht den Urheber eines Putsches zur Errichtung einer „Diktatur … von Berufsrevolutionären".

In einer solchen Gemengelage ist es gut, sich erinnern zu können.

Im Januar 1974 schreiben die Mannheimer Sozialisten und SPD-Mitglieder Gerda und Hermann Weber in der Vorbemerkung zu ihrer *Lenin-Chronik*: „Vor 50 Jahren starb Wladimir Iljitsch Lenin, der wie kaum ein zweiter den Lauf der Geschichte unserer Zeit beeinflußt hat. Lenins Leben ist heute mehr denn je von Legenden umwoben, das Bild seiner Persönlichkeit und seiner politischen Ideen ‚von der Parteien Gunst und Haß' bestimmt. Eine nüchterne Chronologie scheint unter diesen Umständen durchaus nützlich und gerechtfertigt." ■



N. Krupskaja und Lenin, August/September 1922.

ISO/IV. Internationale
Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- SAM, 06.01.2024, „ALS WÄRE ES GESTERN GEWESEN", Lieder zum Gedenken an Betroffene rechter und rassistischer Gewalt, Studio Werkhaus, Mozartstraße 9-11, MA (weitere Termine hier: www.nationaltheater-mannheim.de/spielorte/studio-werkhaus/)
- SO, 07.01.2024, 11:00 Uhr, Virtuelle politische Bildungsreihe der ISO
- DO, 25.01.2024, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- FR, 26.01.2024, 19:00 Uhr, 19:00 Uhr, ISO-Infoabend zu aktuellem Thema, MA
- DI, 30.01.2024, 19:30 Uhr, Film „Der vermessene Mensch" (zur deutschen Kolonialherrschaft und dem Völkermord in Namibia), Cinema Quadrat, K1, 2, MA

Vorschau

- DO, 30.05.2024 (bis SO, 02.06.2024), Ökosozialistische Konferenz der ISO

Impressum:
ISO Rhein-Neckar
ViSdP.: ISO, 68026 MA

ISO, Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim
Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Netz: www.iso-4-rhein-neckar.de
Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn
Instagram: www.instagram.com/isorheinneckar